Lohngleichstellung jetzt! Die Regierung wiegelt ab!

Seit 35 Jahren ist die Gleichstellung von Mann und Frau in der Verfassung verankert. Das Gleichstellungsgesetz verlangt seit 1996 gleichen Lohn für gleichwertige Arbeit. Doch nach wie vor verdienen Frauen im Durchschnitt in der Schweizer Privatwirtschaft 1800 Franken pro Monat weniger als Männer. Ein Teil der Lohnunterschiede lassen sich durch Alter, Ausbildung, Erfahrung oder tieferes Lohnniveau in Frauenberufen erklären. 684 Franken davon sind aber unmittelbare Diskriminierung aufgrund des Geschlechts, das heisst nicht durch objektive Gründe erklärbare Lohnunterschiede.

Der Bundesrat sieht deshalb eine Änderung des Gleichstellungsgesetzes vor. Im Bericht zur Vernehmlassung schreibt er: „Es gibt einen klaren Verfassungsauftrag, dass die Lohngleichheit durchgesetzt werden soll. Mit freiwilligen Massnahmen wurde das Ziel nicht erreicht. Der Markt hat demzufolge versagt." Als Massnahme schlägt der Bundesrat die mildeste aller möglichen Gesetzesanpassungen vor. Unternehmen mit mehr als 50 Mitarbeitenden werden verpflichtet, betriebsintern selber eine Lohnanalyse durchführen. Die Information über die Lohnanalyse soll veröffentlicht werden. Das ist alles! Der Aufwand für die Unternehmen ist minimal, Sanktionen sind keine vorgesehen. Und trotzdem lehnt der Schaffhauser Regierungsrat in seiner Vernehmlassung die Vorlage ab. Sie anerkennt zwar den Handlungsbedarf, schreibt aber, dass die Lohnanalyse nur systematische und nicht individuelle Diskriminierungen erkenne. Ausserdem stehe der administrative und finanzielle Aufwand in keinem vernünftigen Verhältnis zum Nutzen.

Die Schaffhauser Stellungnahme ist beschämend. Sie ist ein Schlag ins Gesicht für alle Frauen, die tagtäglich für die gleiche Arbeit wie ihre männlichen Kollegen weniger Lohn bekommen. Genügt es nicht, dass der Kanton Schaffhausen bezüglich Vereinbarkeit von Beruf und Familie weit hinter den Nachbarkantonen zurückliegt? Will die Regierung tatsächlich das „Kleine Paradies" als rückständige Insel der Schweiz zementieren? Nach über dreissig Jahren Freiwilligkeit ist mehr Transparenz keine übertriebene Forderung, um den Verfassungsauftrag zur Gleichstellung durchzusetzen. Die SP wird alles daran setzen, dass mindestens dieser sanfte Druck schweizweit für mehr Lohntransparenz sorgt.

29.2.2016, für die SP Schaffhausen, Martina Munz